

„Stoßen bei Gewerbeflächen an unsere Grenzen“

Dass MTU 18 Hektar braucht, um ein Materialwirtschaftszentrum (MWZ) und eventuell nebenan eine Montagehalle zu bauen, erhitzt die Gemüter mancher Anwohner. Die finden: MTU soll gefälligst woanders bauen. So einfach lässt sich das Problem aber nicht lösen, denn der Region gehen die Gewerbeflächen aus. SZ-Redakteurin Ruth Aucher hat dazu Regionalverbandschef Wilfried Franke befragt.

SZ: Herr Franke, nachdem die Salmer Bürger MTU eine Abfuhr erteilt haben, sprang die Stadt Friedrichshafen in die Bresche, um für einen ihrer größten Arbeitgeber eine Erweiterungsfläche aufzutreiben – und präsentierte schließlich zwischen Kluftern und Immenstaad eine, die eigentlich nicht als Gewerbegebiet vorgesehen war. Daraufhin ließ der Regionalverband 61 Alternativen prüfen. Ergebnis: Kluftern ist noch das beste unter den suboptimalen Arealen. Ist eine Firma, die im großen Umfang erweitern will, in der Region am falschen Platz?

Wilfried Franke: In der Tat kommt man zu der generellen Erkenntnis, dass es in Teilen der Region Bodensee-Oberschwaben keine idealen Gewerbeflächen in großem Ausmaß mehr gibt. Das gilt insbesondere für den Bodenseekreis und das Schussental. Wir haben hier eine sehr sensible, intensiv genutzte Natur- und Kulturlandschaft mit hohem Erholungswert – zugleich ist die Region ein attraktiver Wirtschaftsraum, dem in sämtlichen Rankings mit die größten Entwicklungschancen in ganz Deutschland eingeräumt werden. Da wir aber eine über-

proportionale Verantwortung sowohl für die Landschaft als auch die hier lebenden Menschen haben, sind unsere Wachstumsmöglichkeiten begrenzt, was die Inanspruchnahme weiterer Gewerbeflächen anbelangt. Hier stoßen wir eindeutig an Grenzen.

SZ: Welche Konsequenzen hat die Endlichkeit verfügbarer Gewerbeflächen?

Wilfried Franke: Wir müssen sehr sorgfältig abwägen zwischen dem Bedarf der Wirtschaft und dem Bewahren der un bebauten Flächen. Der künftige Flächenverbrauch wird deutlich niedriger sein müssen als bisher. Da die Bevölkerung in den nächsten 20 Jahren stagnieren wird, müssen wir nicht mehr so viele Wohngebiete ausweisen – es wird diesbezüglich nur noch einen Bruchteil des bisherigen Bedarfs geben. Da lassen sich Flächen sparen.

SZ: Wie schaut es mit Betrieben aus? Was tut eine Firma, die erweitern will? Wegziehen – und Arbeitsplätze mitnehmen?

Wilfried Franke: Natürlich kann man die Wirtschaft nicht an einem bestimmten Punkt anhalten. Zudem ist es für viele Betriebe schwierig, ihren Bedarf langfristig vorzusagen. Wenn wir aber unseren Wohlstand aufrechterhalten wollen, muss man der Wirtschaft den Spielraum und die Flächenpotenziale einräumen, die sie braucht, um sich zu entwickeln, den Strukturwandel bewältigen und im globalen Wettbewerb bestehen zu können. Immerhin liegt die Exportquote etwa im Bodenseekreis bei über

50 Prozent. Andererseits darf das aber auch nicht als Totschlagargument erhalten nach dem Motto: Wenn es Arbeitsplätze erhält oder gar neue schafft, darf jeder überall alles.

SZ: Wie kann man den schwierigen Spagat zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und dem Erhalt der Landschaft hinbekommen – geht das überhaupt?

Wilfried Franke: Wir brauchen eine Gesamtkonzeption für die Region Bodensee-Oberschwaben. In den nächsten Jahren wollen wir mit sämtlichen 87 Gemeinden des Regionalverbands, der für die großräumige Planung verantwortlich ist, ein regionales Gewerbeflächenkonzept entwickeln.

SZ: Wie könnte das aussehen – ein groß angelegtes, regionales Gewerbeflächenkonzept?

Wilfried Franke: Es wird darauf hinauslaufen müssen, dass es in den drei Landkreisen ein bis zwei Gewerbegebiete in der Größenordnung von 50 Hektar gibt. Diese ganz großen Flächen werden wahrscheinlich nicht im Bodenseekreis angesiedelt werden können, weil dort die entsprechenden Potenziale nicht vorhanden sind. Zudem sollen interkommunale, 20 bis 30 Hektar große Gewerbegebiete entstehen. Dabei tun sich dann jeweils drei bis sechs Kommunen zusammen.

SZ: Zieht eine Kommune, die nur noch wenig Flächen in der Hinterhand hat, da nicht den Kürzeren, weil das Nachbardorf mit mehr Platz dann die gesamte Gewerbe-

SZ-Interview



Regionalverbandschef Wilfried Franke sagt: Bei der Ausweisung künftiger Gewerbegebiete braucht's regionale Abstimmung. SZ-Foto: Ruth Aucher

steuer wegschnappt?

Wilfried Franke: Das kann man aushandeln und die Gewerbesteuer etwa untereinander aufteilen – man muss es nur wollen! Beispiele wie Munderkingen, Calw oder Balingen zeigen, dass man so etwas regeln kann.

SZ: Die baden-württembergische Umweltministerin Tanja Gönner legt sich derzeit für besagte interkommunale Gewerbegebiete ins Zeug – wendet sich aber zugleich gegen den Wunsch vieler Kommunen, Vorratsflächen in petto zu haben, falls ein Betrieb kurzfristig erweitern will. Was halten Sie davon?

Wilfried Franke: Was Frau Gönner als Eigenmeinung äußert, ist ihre Sicht. Ich bin überzeugt, dass Vorratsflächen notwendig sind – das zeigt ja auch die reale praktische Erfahrung: Oft kommt ein großer Auftrag rein – und dann braucht eine Firma schnell mehr Fläche. Ich sehe im Übrigen kein rechtliches Hindernis dafür, dass Kommunen weiterhin Gewerbeflächen vorhalten können – wenn auch nicht im großen Umfang. Die Konzepte der Zukunft müssen aber regional miteinander abgestimmt sein – wodurch man Gewerbegebiete auch noch stärker nach Umweltgesichtspunkten ausweisen kann.

SZ: Wie steht es mit der Umwidmung von Industriebrachen? Wäre es nicht sinnvoller, ein Gelände wie das von Stora Enso in Baienfurt zu einem Gewerbegebiet umzuwandeln, statt noch mehr „grüne Wiese“ zuzubauen?

Wilfried Franke: Wir haben in der Region gar nicht die riesigen Industriebrachen, von denen immer alle reden. – obschon es an der einen oder anderen Stelle solche Brachen gibt, die sicherlich mittelfristig für die gewerbliche Nutzung zur Verfügung gestellt werden müssen. Andererseits ist es unrealistisch, sowas von heute auf morgen zu machen. Bei Stora Enso gibt es im Übrigen dasselbe Problem wie bei vielen Industriebrachen: Weil der Boden stark von Altlasten verseucht ist, rechnet sich die Sanierung für einen Investor nur schwer. Möglicherweise kann es da sinnvoller beziehungsweise rentabler sein, ein solches Gelände als Wohngebiet umzunutzen.